

Synopse

Revision EG KVG

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BGS-Nummern)

Neu: –
Geändert: 826.11 | **842.1**
Aufgehoben: –

Ausgangslage	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 9. Juni 2026; Vorlage Nr. 4131.2 (Laufnummer 18634)
	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG)
	<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i> gestützt auf Art. 97 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) [SR 832.10] und § 41 Abs. 1 Bst. b der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1], <i>beschliesst:</i>
	I.
	Der Erlass BGS 842.1 , Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG) vom 29. Februar 1996 (Stand 1. Januar 2025), wird wie folgt geändert:
	§ 1a Finanzierung ¹ Die Beteiligung an den Kosten der Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erfolgt im Rahmen des jeweils geltenden Mindestprozentsatzes. ² Der Kantonsrat kann den Prozentsatz für ein Jahr oder mehrere Jahre erhöhen. Ein solcher Beschluss muss spätestens 18 Monate vor Beginn der betreffenden Periode erfolgen.

Ausgangslage	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 9. Juni 2026; Vorlage Nr. 4131.2 (Laufnummer 18634)
<p>§ 6^{bis} Kostengutsprache</p> <p>¹ Das Verfahren für Kostengutsprachen (Art. 41 Abs. 3 KVG) sowie das Erlöschen des Anspruchs und die Rückerstattung richten sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (ATSG)[SR 830.1].</p>	<p>¹ Das Verfahren für Kostengutsprachen (Art. 41 Abs. 3 Art. 41 Abs. 1^{bis} Bst. b Ziff. 2 KVG) sowie das Erlöschen des Anspruchs und die Rückerstattung richten sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (ATSG)[SR 830.1].</p>
<p>§ 9 Übergangsbestimmung</p> <p>¹ Wird bis zum Inkrafttreten der am 11. April 2024 beschlossenen Änderung von § 5e Abs. 1 kein Einvernehmen über die Bezeichnung der zuständigen kantonalen Behörde (Durchführungsstelle) erzielt, bezeichnet der Regierungsrat die Durchführungsstelle und legt die Höhe der Entschädigung (§ 5g Abs. 2) fest.</p> <p>a) ...</p> <p>b) ...</p>	<p>¹ Wird bis zum Inkrafttreten <u>Die Kosten</u> der am 11. April 2024 beschlossenen Änderung von <u>Beteiligung gemäss § 5e Abs. 1</u> kein Einvernehmen über die Bezeichnung <u>1a trägt in den Jahren 2028 bis 2031</u> der zuständigen kantonalen Behörde (Durchführungsstelle) erzielt, bezeichnet der Regierungsrat die Durchführungsstelle und legt die Höhe der Entschädigung (§ 5g Abs. 2) fest <u>Kanton</u>.</p>
	II.
	Der Erlass BGS 826.11 , Spitalgesetz vom 29. Oktober 1998 (Stand 1. Januar 2017), wird wie folgt geändert:
<p>§ 6 Regierungsrat</p> <p>¹ Der Regierungsrat ist bei Listenspitälern zuständig,</p> <p>a) die Leistungsaufträge festzulegen;</p> <p>b) die gemeinwirtschaftlichen Leistungen und deren Vergütung zu bestimmen;</p> <p>c) als finanzielles Steuerungsinstrument ein Globalbudget oder degressive Tarife vorzusehen;</p>	

Ausgangslage	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 9. Juni 2026; Vorlage Nr. 4131.2 (Laufnummer 18634)
<p>d) abschliessend Darlehen und Garantien bis 10 Mio. Franken zu gewähren.</p> <p>² Der Regierungsrat setzt jeweils für das Kalenderjahr den kantonalen Anteil an den Spitaltarifen fest. Der Kostenteiler gilt auch für die Vergütung von Leistungen der Akut- und Übergangspflege durch die Gemeinden.</p> <p>³ Zudem kann er</p> <p>a) zur Sicherstellung der Versorgung mit inner- und ausserkantonalen Vertrags-spitälern Leistungsvereinbarungen abschliessen;</p> <p>b) zur Optimierung der Versorgung Vereinbarungen mit den Krankenversicherern und ambulanten Leistungserbringern abschliessen.</p>	<p>² <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>§ 8 Listenspitäler – Leistungsabteilung</p> <p>¹ Die Listenspitäler vereinbaren mit den Krankenversicherern im Rahmen der ob-ligatorischen Krankenpflege ihre Tarife in Form von leistungsbezogenen Pauschalen. In den Pauschalen eingeschlossen sind die Kosten der Finanzie-rung und Abschreibung der Investitionen.</p> <p>² Der Kanton übernimmt für die stationäre Behandlung und Untersuchung von Zuger Patientinnen und Patienten jenen Anteil am Tarif, den er gemäss festge-setztem Kostenteiler zu tragen hat.</p> <p>³ Der Kanton kann in begründeten Fällen an Stelle der leistungsbezogenen Fi-nanzierung eine Abgeltung mittels Globalbudget vorsehen. Der Regierungsrat re-gelt das Nähere.</p>	<p>§ 8 <i>Aufgehoben.</i></p>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.
	Diese Änderungen treten nach unbenutzter Referendumsfrist (§ 34 Abs. 2 der

Ausgangslage	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 9. Juni 2026; Vorlage Nr. 4131.2 (Laufnummer 18634)
	Kantonsverfassung) oder nach der Annahme durch das Stimmvolk am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am].
	<p>Zug,</p> <p>Kantonsrat des Kantons Zug</p> <p>Der Präsident Stefan Moos</p> <p>Die stv. Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart</p> <p>Publiziert im Amtsblatt vom</p>